

So kann sich das Baselbiet entwickeln

Der Landrat hat den kantonalen Richtplan nach zwei gescheiterten Anläufen genehmigt

BaZ 27.3.2009

HANNES HÄNGGI

Die weitere Entwicklung im Baselbiet wird künftig durch ein 110 Seiten mächtiges Planwerk geregelt: den kantonalen Richtplan. Darin sind die Ziele, aber auch die Grenzen der Entwicklung im Kanton für die nächsten Jahre vorgegeben.

Wie werden die Dörfer und Städte im Kanton künftig aussehen? Wie sind sie erschlossen? Welche Energie beziehen sie? Wie gross sind die sie umgebenden Naturschutzgebiete? Auf all diese Fragen hat der gestern vom Baselbieter Landrat genehmigte kantonale Richtplan eine Antwort parat.

Doch es war eine Zangengeburt. Während andere Kantone längst einen Richtplan verabschiedet haben, zog sich der Entstehungsprozess im Baselbiet über viele Jahre hin. Noch unter der ehemaligen Baudirektorin Elsbeth Schneider wurde das Mammutwerk in Angriff genommen. Zwei Entwürfe scheiterten 2005 und 2006, weil sie in der Vernehmlassung Prügel von allen Seiten einstecken mussten. Selbst das Bundesamt für Raumentwicklung hat die ersten beiden Richtplanentwürfe als mangelhaft taxiert. Denn der Kanton überliess die Lenkung der Siedlungsentwicklung den Gemeinden. Damit war eine der wichtigsten Aufgaben eines Richtplans nicht erfüllt.

KOMPROMISS. Im dritten Entwurf wurde dieser Mangel nun behoben – und erntete prompt auch Lob bei den zuvor kritisierenden Umweltverbänden. Zwar ist zum Beispiel der WWF Region Basel mit dem jetzigen Richtplan auch nicht ganz glücklich, weil beim Landschaftsschutz Abstriche gemacht wurden. Aber insgesamt handle es sich um einen akzeptablen Kompromiss, wie WWF-Geschäftsführer Jost Müller sagt.

Doch nicht nur der WWF ging Kompromisse ein, sondern alle politischen Interessenvertreter. Das wurde auch gestern bei der fast ganztägigen Debatte im Landrat offensichtlich. «Wir sind bereit, mit diesem Richtplan zu leben», sagte etwa Urs Hintermann (SP). Die SP habe zwar Abstriche machen müs-



Vorgabe. Die Zukunft von Landschaft und Gemeinden (im Bild Reinach) wird mit dem Richtplan gesteuert. Foto Erich Meyer

sen, «doch das betraf alle». Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Kompromisswerk leistete Rolf Richterich (FDP), der Präsident der landrätlichen Bau- und Planungskommission. Diese hat nämlich den von der Regierung im Juni 2007 vorgelegten dritten Entwurf während 22 Sitzungen und gut 1000 Arbeitsstunden detailliert überarbeitet.

Dabei wurden die heikelsten Punkte aus dem Gesamtwerk herausgelöst: die Südumfahrung und das Abtreten der Kantonsstrassen an die Gemeinden. In separaten Vorlagen sollen nun diese umstrittenen Probleme behandelt werden. Denn es bestand die Gefahr, dass wegen dieser beiden Punkte das Referendum gegen den Richtplan ergriffen worden wäre. «Wir wollten aber den

Richtplan nicht als Ganzes gefährden», so Richterich.

ZWÄNGEREI. Da wirkte es wie Zwängelei, als gestern Vertreter von FDP und SVP die Südumfahrung trotzdem wieder in den Richtplan aufnehmen wollten. Und prompt kündigte CVP-Landrätin und Südumfahrungsgegnerin Elisabeth Schneider das Referendum an. Der Antrag der Bürgerlichen wurde aber mit 48 zu 35 Stimmen verworfen.

Noch ein zweites Mal drohte der Richtplan im letzten Moment zu scheitern. Denn wiederum Vertreter von SVP und FDP wollten gleich das ganze Objektblatt «Siedlungsbegrenzung» aus dem Richtplan kippen. Die roten Linien, mit denen die Grenzen zwischen

Siedlungsgebieten und Naturschutzgebieten gekennzeichnet sind, waren ihnen nicht geheuer. Ob aber das Bundesamt für Raumentwicklung einen Baselbieter Richtplan ohne Siedlungsbegrenzung abgesegnet hätte, ist mehr als fraglich. Doch auch hier einigte sich der Rat auf einen Kompromiss, bei dem der Regierungsrat innert zwei Jahren die Siedlungsbegrenzung festlegen soll.

Somit dürfte der Bewilligung des Baselbieter Richtplans durch den Bundesrat nichts mehr im Weg stehen. Auch ein Referendum wird von keiner Organisation ergriffen. «Darüber bin ich froh», sagte Richterich, «nun haben wir für die nächste Generation festgelegt, was mit dem Kanton passieren soll.»

> TAGESKOMMENTAR SEITE 2

Trasse freigehalten für Südumfahrung

Das Projekt wird weiter separat behandelt



Autos. Verkehrsprobleme wie in Aesch möchte der Richtplan lösen. Foto M. Müller

INDIVIDUALVERKEHR. Nebst der Siedlungsentwicklung nimmt im kantonalen Richtplan die Planung des Verkehrs eine wichtige Stellung ein. So wird in einer Gesamtschau abgeschätzt, wie sich der Verkehr künftig entwickeln wird und wo Handlungsbedarf besteht. Unbestritten Handlungsbedarf beim Individualverkehr besteht bei Angenstein. Der Neubau des Muggenbergstunnels bei Aesch ist denn auch im Richtplan enthalten, die umstrittene Südumfahrung aber nicht. So wollte die Bau- und Planungskommission ein Referendum der Südumfahrungsgegner abwenden. Die Planung der Südumfahrung wird nun in einer separaten Vorlage behandelt. Innerhalb von fünf Jahren muss die Regierung abklären, ob es Alternativen gibt, oder ob die Südumfahrung tatsächlich die beste Lösung für die Verkehrsprobleme im Leimental ist. Der Landrat ging aber auf Nummer sicher und beauftragte die Regierung, das Trasse der Südumfahrung wenn nötig mit einer Planungszone zu sichern.

Der öffentliche Verkehr wird gefördert

Idee der Ringbahn um Basel bleibt



Trams. Millionen sollen laut Richtplan in den ÖV investiert werden. Foto H. Muchenberger

ANREIZE ZUM UMSTEIGEN. «Attraktive Angebote mit dem öffentlichen Verkehr» sollen bereitgestellt werden und damit den motorisierten Individualverkehr teilweise ersetzen, heisst es im Richtplan. Der Kanton soll deshalb Massnahmen treffen, um den heutigen Modalsplit (die Verteilung des Transportaufkommens) zugunsten des ÖV zu erhöhen. Dazu gehört auch eine bessere Koordination der Fahrpläne, der Tarife und der Fahrgastinformationen. Für Infrastrukturausbauten will der Kanton in den nächsten 15 Jahren insgesamt gegen eine halbe Milliarde Franken ausgeben.

Das Parlament hält auch an seiner Idee einer Ringbahn um Basel fest, anstatt die City mit dem sogenannten S-Bahn-Herzstück zu erschliessen. Im Landrat wurden gestern jedenfalls keine Voten gegen diesen Vorschlag laut. Weil das Herzstück partnerschaftlich von beiden Basel getragen werden soll, müssen die Kantone nun verhandeln.

Energiesparen ist das erklärte Ziel

Alternative Energieträger bevorzugt



Windräder. Der Anteil alternativer Energie soll steigen. Foto Keystone

HOLZ, WIND UND SONNE. Ganz auf der Linie der Baselbieter Energiestrategie liegt auch der Richtplan. Damit verfügt der Kanton nun über ein umfassendes Planungssystem, um den Energieverbrauch in den nächsten 20 Jahren markant zu senken und verstärkt alternative Energieträger wie Solarenergie, Holzenergie oder Windkraft zu nutzen. Im Richtplan sind zwar Standorte für Windkraftanlagen aufgelistet (Langenbruck, Titterten, Bretzwil, Pratteln und Muttenz), doch versteht sich diese Liste ausdrücklich nur als «Zwischenergebnis». Denn noch hängt Vorstösse im Landrat könnten das Spektrum weiterer möglicher Windstandorte weiter auffächern, sollte nämlich das Verbot, auf Jurakämmen Windkraftanlagen zu erstellen, fallen. Ganz allgemein soll aber das Energiesparen gefördert werden – besonders im Gebäudebereich. Der Kanton verpflichtet sich im Richtplan aber auch, eine Karte für die Nutzung der Geothermie im Kanton zu erstellen.

Lange genug gewuchert

MICHAEL ROCKENBACH



Mut- und konzeptlos bastelte die Baselbieter Baudirektion während Jahren am Richtplan. Erst im dritten

Anlauf präsentierte die frühere Baudirektorin Elsbeth Schneider (CVP) 2007 einen Entwurf, der zumindest halbwegs überzeugte: Endlich wurden die Agglomeration als Wachstumsgebiet definiert und dem baulichen Wildwuchs auf dem Lande Grenzen gesetzt. In unzähligen Sitzungen musste die vorberatende Landratskommission trotzdem noch weitere Verbesserungen vornehmen. Ihr wichtigster Vorschlag: Das hoch umstrittene Milliardenprojekt der Südumfahrung von Allschwil nach Aesch sei aus dem Richtplan zu streichen. Die Gefahr eines Referendums schien damit gebannt. Bis gestern, als SVP und FDP in der entscheidenden Landratsdebatte forderten, dass das Projekt der Südumfahrung wieder in den Richtplan aufgenommen werden soll. Und sich die gleichen Parteien auch noch gegen eine klare Begrenzung der Siedlungsgebiete wehrten. Damit drohte wieder ein Referendum. Und das Veto des Bundes, an dem das

Als einer der letzten Kantone erhält das Baselbiet nun endlich klare Vorgaben für das weitere Wachstum.

ganze Planwerk hätte scheitern können. Gut, dass es die Mehrheit im Landrat nicht so weit kommen liess und die beiden unsinnigen Anträge nach einer epischen Debatte ablehnte. Damit erhält nun auch das Baselbiet als einer der letzten Kantone einen Richtplan – und klare Vorgaben für die weitere Entwicklung der Baugebiete und die gezielte Ansiedlung neuer Einkaufszentren. Das ist eine erste Voraussetzung, um die Zersiedlung zu stoppen und die Verkehrsflut einzudämmen – zwei Phänomene, die dem Landkanton seit dem Bauboom in den 50er- und 60er-Jahren arg zugesetzt haben.

michael.rockenbach@baz.ch

> SEITE 23